(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Einzelplan gemäß der Beschlußempfehlung in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Einzelplan 01: Landtag.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4701 und den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4771 und erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum ersten Mal in der Geschichte der Haushaltsberatungen hat die Fraktion der F.D.P. zur zweiten Lesung einen Antrag zum Einzelplan 01 - Landtag - eingebracht.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das hätten Sie besser gelassen!)

(B) Wir fordern nicht nur einen Einstellungsstopp für die Landtagsverwaltung, sondern auch eine Organisationsüberprüfung. Wir fordern Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, auf, alle für 1993 neu ausgewiesenen Stellen für die Landtagsverwaltung zu streichen.

Die Landesregierung, insbesondere der Finanzminister, bemühen sich, die ausufernde Bürokratie in der Landesverwaltung einzudämmen und mit einem eisernen Sparkonzept Stellen zu streichen. Neue Stellen werden nur im äußersten Notfall bewilligt. Ausgerechnet der Haushaltsgesetzgeber will dieses Prinzip für den eigenen Haushalt nicht anerkennen. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist nach Ansicht der F.D.P. ein völlig falsches Signal in der öffentlichen Debatte um Stellenabbau in allen Bürokratien.

(C)

Es ist schon einmalig in der Geschichte der Haushaltsberatungen, daß erst durch eine sogenannte Alternativvorlage der Landtagspräsidentin auf einen Schlag acht Stellen mehr ausgewiesen werden sollten, obwohl der Finanzminister expressis verbis keine Stellenausweitung im Einzelplan des Landtags akzeptieren wollte.

Verfolgt man die Stellenentwicklung der Landtagsverwaltung - 1980 220 Stellen, 1985 228 Stellen, 1990 309 Stellen, geplant für 1993 333 Stellen -, dann zeigt sich, daß das Parkinson-Syndrom hier Urstände feiert. Der Alternativvorschlag der Landtagspräsidentin ist mit Abstand absoluter Rekord in den alten Bundesländern. Bayern hat 226 Stellen; im Schnitt sind es nur 144 Stellen.

Mir kann niemand erzählen, daß diese immense Stellenausweitung lediglich mit dem Neubau des Landtags zusammenhängt. Es ist das unkontrollierte Wuchern einer Verwaltung, die sich den Kriterien von Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Zielgerichtetheit bei der Aufgabenwahrnehmung bisher nicht unterzogen hat. Alle Fraktionen des Landtags haben bisher - dazu hat auch die F.D.P. ihren Teil beigetragen - stillschweigend, weil es ja den eigenen Laden betraf, die Vorschläge der Verwaltung zur Stellenausweitung jedes Jahr aufs neue akzeptiert. Doch jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Es darf keinen Naturschutzpark für die Landtagsverwaltung geben.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Gegenteil: Der Landtag muß mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir von anderen Verwaltungen erwarten, daß sie sich einer kritischen harten Aufgabenprüfung unterziehen. Ich halte es für unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu überprüfen, ob der Landtag nicht mit weniger Personal seine Aufgaben viel wirksamer erledigen kann. Deswegen schlagen wir in unserem Antrag vor, die Unternehmensgruppe Kienbaum, die sich in der Vergangenheit durch qualifizierte Organisationsüberprüfungen ausgewiesen hat, mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Wir haben auch den Eindruck, daß die Aufgabenwahrnehmung nicht immer unter dem Gesichtspunkt der absoluten Neutralität erfolgt. Wir, die drei Oppositionsfraktionen, haben zum Beispiel die Präsidentin

(A) (T schoeltsch [F.D.P.]

des Landtags angeschrieben, um zur Arbeitserleichterung bei der Novellierung der Geschäftsordnung auf die im Schreibautomaten der Landtagsverwaltung gespeicherten Bausteine zugreifen zu können.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Tschoeltsch, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Busch zulassen?

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wenn ich diesen Gedanken zu Ende geführt habe, gern!)

- Bitte schön.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Seit Wochen Fehlanzeige, keine Reaktion der Präsidentin! Wahrscheinlich wird im Augenblick durch ein Rechtsgutachten überprüft, ob das zulässig ist, wenn nur CDU, F.D.P. und GRÜNE den Zugang wollen.

Wie gesagt, das Schreiben blieb ohne Antwort. Wir waren gezwungen, das Ergebnis mit unseren Mitteln zusammenzutragen. Es ist uns auch gelungen, nur war der Aufwand eben größer.

(B) Wie effizient diese Verwaltung arbeitet, will ich an einem Beispiel dokumentieren, welches meinem Kollegen Dorn widerfahren ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am 3. Juni 1992 habe ich die Präsidentin angeschrieben und sie darüber informiert, daß unser stellvertretendes Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuß, Wolfram Dorn, diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen möchte und jetzt der Kollege Ruppert diese Position übernimmt. Ich bat um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

Am 6. Oktober 1992 schrieb mein Kollege Wolfram Dorn an die Präsidentin - ich zitiere -:

Nachdem ich bereits seit vielen Monaten aus dem Haushalt- und Finanzausschuß und damit auch aus dem Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses ausgeschieden bin und für meine Fraktion der Abgeordnete Michael Ruppert meine früheren Positionen übernommen hat, erhal-

(C)

te ich nach wie vor alle Unterlagen des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses "Personal". Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Verwaltung darauf hinweisen würden, daß mir diese Unterlagen nicht mehr zugesandt werden.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist Service!)

Am 13. November 1992 schreibt Herr Kollege Dorn an die Präsidentin - ich zitiere erneut -:

Leider ist auch mein Schreiben an Sie vom 6. Oktober erfolglos geblieben; denn die Unterlagen für die Sitzung am 6. November sind mir mit Schreiben vom 30. Oktober mit sämtlichen Anlagen erneut wieder zugegangen. Langsam weiß ich nicht mehr, an wen ich mich noch wenden kann in dieser Sache. Dies ist deshalb mein letzter Versuch an Sie, meine Bitte zu wiederholen.

Die Frau Präsidentin schreibt dann an meinen Kollegen Wolfram Dorn am 24. November - ich zitiere -:

Ihre mit leiser Traurigkeit geschriebenen Zeilen haben mich sehr berührt. Wieviel Vertrauen habe ich doch vor Antritt meines Amtes in diese Landtagsverwaltung gesetzt. Nun, nach zweieinhalb Jahren, bröckelt dieses Vertrauen zugeständenermaßen so langsam ab. In Ihrem Fall bin ich jedoch zuversichtlich, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen, die unerwünschten Papierberge zu unterbinden, zum Erfolg führen.

(D)

Mein Kollege Wolfram Dorn hat dann am 8. Dezember 1992 an die Präsidentin geschrieben:

Nachdem ich Ihnen nun am 13. November diesen Brief und die Anlagen des 30. Oktober zugestellt hatte, war ich davon ausgegangen, die Sache erst einmal als erledigt zu betrachten. Doch weit gefehlt!

Am Sonnabend, den 14. November, morgens kurz nach sieben Uhr klingelte mich der Eilbote der Deutschen Bundespost aus dem Bett und übergab mir ein Schneltpaket von mehr als 1 kg,

(A) (T schoeltsch [F.D.P.]

das weitere Unterlagen für die nächste Sitzung des Ausschusses enthielt.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

An einer anderen Stelle des Briefes geht es wie folgt weiter:

Nach diesem Gespräch

- das ich vorhin zitiert habe -

kam ich in mein Arbeitszimmer und stellte mit großer Überraschung fest, daß am 1. Dezember nachmittags wiederum ausführliche Unterlagen für mich abgegeben worden waren.

Da jede Glanzleistung auch mit einer Krone dekoriert wird, schaffte dies die Landtagsverwaltung mit einem besonders dicken Paket überflüssiger Unterlagen für mich, die sie mir am 6. Dezember zustellte.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: An Nikolaus!)

Der Brief endet dann mit den Worten:

(B) Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hoffe, Sie verstehen, daß ich nach Scheitern aller vernünftigen Bemühungen keinen anderen Ausweg mehr weiß.

Ich grüße Sie in kollegialer Verbundenheit.

Ihr Wolfram Dorn

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist zum Lachen und gleichzeitig traurig, daß so etwas passiert. Ich glaube, allein an diesem Beispiel wird deutlich, wie notwendig eine neutrale Überprüfung dieser gesamten Verwaltung ist.

Rede ich mit den anderen Fraktionen, höre ich auch deren Unmut. Nur, meine Damen und Herren, es will keiner so offen das Problem ansprechen, weil wir mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ja täglich Umgang haben - fast kollegial. Es fällt dann schwer, sich zu überwinden, auf Mißstände hinzuweisen.

(C)

Ich weiß, daß die Aufgaben ungleich verteilt sind. Es gibt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter ständigem Streß arbeiten müssen und hervorragende Leistungen vollbringen. Es gibt natürlich aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Nischen ganz bequem eingerichtet haben.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Abgeordnete auch!)

Meine Damen und Herren, neue Anforderungen müssen nicht immer mit Neueinstellungen verbunden sein. Neue Aufgabenfelder gehen mit dem Wegfall oder dem Rückgang alter Aufgabenfelder einher. Neue Aufgaben oder Mehraufgaben können auch durch Umsetzungen erledigt werden.

Ich sage mit allem Ernst: Sollte sich die Mehrheit des Hauses unserem Antrag verschließen, werden wir zum erstenmal in der Geschichte des Landtags den Einzelplan 01 ablehnen, obwohl wir weite Bereiche - das sage ich ganz deutlich - mittragen. Doch wenn wir bei der Stellenausweitung nicht endlich einmal ein Zeichen setzen, verlieren wir - das ist mir jetzt ernst - die moralische Berechtigung, von anderen Stelleneinsparungen zu verlangen.

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Das gibt es doch nicht! - Abgeordnete Garbe [SPD]: War das jetzt eine Moralpredigt?)

(D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Fischer hat um das Wort gebeten. Ich erteile es ihr. Bitte schön.

Abgeordnete Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß zugeben, daß man auch in diesem Hause vor Überraschungen nicht sicher ist, Herr T schoeltsch. So ging es mir bei Ihrem Änderungsantrag, den Sie vorgelegt haben. Auch das Zitieren der Briefe hat nicht gerade zur Aufklärung beigetragen.

(A) (Fischer [SPD])

Einige Bemerkungen zum Haushalt der Landtagsverwaltung - Einzelplan 01 - vorweg: In diesem Haushalt sind lineare Erhöhungen bei den Personalkosten und Steigerungsraten bei den Sachkosten vorgesehen. Der Haushalt insgesamt - das ist jetzt meine Bewertung - bewegt sich, gemessen an den notwendigen Einsparungen im kommenden Haushaltsjahr, in einem vertretbaren Rahmen.

Worüber reden wir, wenn wir den Einzelplan 01 reden? - Es geht um die gemeinsame Arbeitsgrundlage für das Parlament. Das heißt: All das, was wir in diesem Rahmen entscheiden, entscheidet mit über unsere Arbeitsmöglichkeiten und das, was wir als Parlament leisten können.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Streichen Sie bei der F.D.P. die Stellen!)

Eine Organisationsüberprüfung, wie Sie sie anregen, ist Sache der Präsidentin. Die Präsidentin bedarf sicherlich nicht der Anregung der F.D.P., um dies zu tun,

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Warum denn nicht?)

(B) weil sie dies im Hauptausschuß bereits ankündigt hat. Sie kommen mit Ihrer Anregung etwas zu spät. Im Hauptausschuß ist bereits angekündigt worden, daß eine Organisationsuntersuchung vorgenommen wird.

Alle Fraktionen werden es sicherlich begrüßen und für sinnvoll halten, daß Aufgaben, die eine Landtagsverwaltung übernimmt, überprüft werden. Es muß überprüft werden: Sind die Aufgaben richtig? Sollen sie so wahrgenommen werden? Können sie effizienter wahrgenommen werden? Mit welchen Mitteln und welchem Personaleinsatz ist dies notwendig? Das geschieht auch. Von daher denke ich, daß dieser Teil des Antrages ohnehin hinfällig ist.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Nein!)

Außerdem geht es darum, daß wir beim jetzigen Haushaltsplan über die jetzigen Arbeitsbedingungen und den Bedarf, der im Augenblick vorhanden ist, reden. Ich frage mich, wie man über Personalstellen reden kann, ohne gleichzeitig darüber zu reden, wie

sich der Bedarf unter Umständen verändert hat, wie er angestiegen ist.

Nicht auslassen möchte ich auch, darauf hinzuweisen, wer denn den Bedarf produziert. Letztendlich sind wir es hier, die im Grunde die Aufgaben an die Landtagsverwaltung weitergeben. Die Landtagsverwaltung selber zieht sich keine Aufgaben heran.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Es ist das Parlament, das Anforderungen stellt, das Aufgaben an die Landtagsverwaltung weitergibt. Dem versucht die Landtagsverwaltung gerecht zu werden.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Deswegen kann man es doch wirksamer machen!)

Daß diese Plenartage - unter anderem -, wie sie heute stattfinden, funktionieren, zeigt eigentlich, daß es eine funktionierende Verwaltung im Hintergrund gibt, die dies organisiert. Ich möchte nicht die Situation erleben, in der wir aufgrund eines gestiegenen Aufgabebereichs, aber nicht vorhandener Personalstellen unsere Parlamentssitzungen nicht vernünftig abhalten können, weil es mit dem vorhandenen Personal nicht mehr zu leisten ist.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das ist doch lächerlich!)

- Nein, das ist überhaupt nicht lächerlich. Ich kann Ihnen dazu konkrete Daten nennen, Herr Rohde. Das werde ich sicherlich auch noch tun.

Wir müssen uns darüber unterhalten, um welche Stellen es überhaupt geht. Es geht um den Stenographischen Dienst, es geht um Schreibkräfte, es geht um Kräfte in der Druckerei, es geht um die Dokumentation. Vielleicht können wir einmal deutlich machen, in welchem Rahmen gerade bei diesen Personalstellen der Arbeitsaufwand gestiegen ist:

Insgesamt besteht in dieser Legislaturperiode - gemessen am gleichen Zeitraum der vergangenen Periode - bei allen Mitarbeitern ein Stundenguthaben von insgesamt 10 095 Stunden.

(C)**(D)**

(A) (Fischer [SPD])

Wodurch kommen diese Überstunden zustande? Mit Sicherheit deshalb, weil der Arbeitsumfang erheblich angestiegen ist. Ich möchte dazu einige Beispiele nennen.

Zum Beispiel der erhöhte Umfang der Plenarsitzungen. Damit meine ich die Plenarprotokolle. Ich spreche von Schreibkräften, vom Stenographischen Dienst und von der Druckerei, die das letztendlich auch niederlegen müssen. Bei den Plenarprotokollen sieht es so aus, daß sich in der laufenden Wahlperiode der Umfang der Plenarprotokolle bisher auf nahezu 7 800 Seiten verdoppelt hat.

Ein weiteres Beispiel: Drucksachen und Kleine Anfragen. Die Zahl der Drucksachen ist im Vergleich zur vergangenen Wahlperiode um 87,5 % gestiegen, die der Kleinen Anfragen um 77,7 %, die der Vorlagen um rund 30 %, die der Zuschriften um 70 %, die der Mündlichen Anfragen um 147 % und die der Dringlichen Anfragen um 50 %.

Ich frage mich, wie es überhaupt möglich ist, diesen Anstieg der Aufgaben wahrzunehmen, wenn man bereits beim Stenographischen Dienst, bei den Schreibkräften und bei den Druckern einsparen will.

(B) Tschoeltsch? Das geht auf Kosten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Landtagsverwaltung. Wenn Sie glauben, die Anforderungen, die wir als Parlament an die Landtagsverwaltung stellen, dadurch ausgleichen zu können, daß Sie auf den Anforderungen bestehen, die Dienstleistungen weiterhin haben wollen, aber sagen, das ginge mit dem gleichen Personalstand, dann halte ich das gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die dort arbeiten, schlechterdings für ein unmögliches Verhalten, das ich so überhaupt nicht nachvollziehen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Als letztes Beispiel nenne ich die Dokumentation. Wir haben inzwischen 16 Bundesländer. Der Bedarf der Dokumentation zum Beispiel bei der Erstellung des "Parlamentsspiegels" ist erheblich angestiegen. Ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern mit 66 Abgeordneten hat in den ersten 18 Monaten seiner Arbeit bereits rund 1 700 Drucksachen veröffentlicht und 47 Plenarsitzungen durchgeführt. Der

(C)

Landtag Schleswig-Holstein - um einen Vergleich zu haben - mit 74 Abgeordneten hat dagegen in seiner gesamten 12. Wahlperiode rund 1 800 Drucksachen veröffentlicht und 100 Plenarsitzungen durchgeführt. Wenn all dies auch von der Landtagsverwaltung bewältigt werden soll - in diesem Fall von der Dokumentation -, macht der Anstieg der Aufgaben und damit der Arbeitsbelastung den höheren Personalbedarf einfach unabweisbar.

Was wir angesichts der Spardiskussion nicht mittragen können, ist, in diesen "kleinen Bereichen", die notwendige Zuarbeit leisten, Einsparungen vorzunehmen und auf der anderen Seite bei hochdotierten Stellen darüber zu reden, daß Höhergruppierungen erfolgen. Das ist das, was wir in diesem Haushalt nicht mitgetragen haben. Aber diese Stellen sind unabdingbar erforderlich.

All das ist im Rahmen einer Organisationsüberprüfung zu untersuchen. Welche Veränderungen angegangen werden können, ist eine Frage, die diskutiert werden muß, die uns aber kurzfristig nichts nützt.

Man kann der Landtagsverwaltung und auch dem Parlament, den Ausschüssen, die die Beschlüsse bisher gefaßt haben, auch keine Versäumnisse vorwerfen, indem man sagt, diese Organisationsüberprüfung hätte längst stattfinden können. Denn nie zuvor ist jede einzelne Stelle so stark daraufhin überprüft worden, ob sie unabweisbar ist oder nicht, wie in diesem Jahr.

(D)

Von daher stehen wir voll zu der jetzt vorliegenden Beschlußempfehlung und stimmen dem Einzelplan 01 so zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Vesper, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Tschoeltsch, als Sie eben die unendliche Geschichte von Herrn Dorn vortragen, habe ich mich gefragt, ob Sie auch angeben können, was Herr Dorn sonst noch in diesem Zeitraum gemacht hat. Ich darf das fragen, weil ich

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

selbst in gewisser Weise Betroffener bin. Auch mir wurden nämlich als stellvertretendem Mitglied des Unterausschusses "Personal" zwar nicht Woche für Woche, aber sehr häufig sehr dicke Pakete nach Hause geschickt, und ich habe sie dann immer im Zug von Bielefeld nach Düsseldorf schleppen müssen, was ausgesprochen lästig war.

(Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, was ich da gemacht habe, Herr Tschöeltsch? Ich habe ein kurzes Gespräch mit dem zuständigen Referatsleiter geführt, und dieser hat das dann sofort abgestellt. Auf diese Weise hätte auch Herr Dorn mit etwas weniger Technikeinsatz sehr viel mehr erreichen können. Er hätte vielleicht seine Schreibmaschine einsparen können, er hätte vielleicht sogar Kapazität seiner Mitarbeiterinnen einsparen können, die ja alle diese Briefe schreiben mußte. Er hätte einfach nur zum Telefonhörer greifen sollen. Oder er hätte während einer Plenarsitzung die paar Schritte zu der Verwaltung, die ja hier sitzt, hinübergehen und ihr das sagen sollen. Dann hätte man die Panne hoffentlich leichter abstellen können.

(Abgeordnete Garbe [SPD]. Aber dann hätte Herr Tschöeltsch die Geschichte nicht gehabt!)

(B)

Ja, die Geschichte war ja auch schön; das will ich nicht bestreiten.

Meine Damen und Herren, bei dieser Debatte und bei dem, was Herr Tschöeltsch gesagt hat, ist mir wieder etwas aufgefallen, was mir auffällt, seitdem ich in diesem Parlament bin. Ich wundere mich nämlich immer wieder über das schlechte Verhältnis zwischen uns als Landtag einerseits und der Verwaltung andererseits, die doch zu nichts anderem da ist, als Dienstleistungen zu erbringen, damit wir, die gewählten Abgeordneten, den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler so gut wie möglich erfüllen können. Wie immer bei derartigen familiären Problemen gibt es für dieses schlechte Verhältnis sicherlich kein monokausales Erklärungen.

Gewiß habe auch ich mich des öfteren über Maßnahmen, die die Verwaltung getroffen hat, und mehr noch über Maßnahmen, die sie nicht getroffen hat, geärgert. Gelegentlich findet sie auch, so meine ich,

(C)

nicht das richtige Verständnis von ihrer Rolle im Verhältnis zum Parlament. Ich könnte in diesem Zusammenhang - wie auch Herr Tschöeltsch - einige Fälle aufzählen. Zum Beispiel haben wir, obwohl ich das von Anfang an erbeten habe, bis heute noch keinen vollständigen Raumplan des Landtags, was im Bundestag völlig selbstverständlich war. Das wurde dort nicht wie hier als "Geheime Kommandosache" behandelt.

All diese Einzelkritik, meine Damen und Herren, ändert aber doch überhaupt nichts daran, daß die Landtagsverwaltung doch die Aufgaben erbringt, die wir als Parlament definieren. Sie verfolgt doch keinen Zweck an sich, sondern sie dient dazu, die Bedingungen zu schaffen, damit wir möglichst effektiv arbeiten können. Gerade wir als Oppositionsabgeordnete brauchen doch diese Arbeitsmöglichkeiten, um die Regierung wirksam kontrollieren und die besseren Alternativen erarbeiten zu können.

Am billigsten - wenn man das zu Ende denkt - wäre der Landtag doch, wenn wir auf alles mögliche andere verzichten würden, also zum Beispiel auf den Stenographischen Dienst. Was brauchen wir denn Protokolle! Wir können uns doch alle so ungefähr an das erinnern, was vor drei Monaten hier im Plenum gesagt wurde.

(D)

(Zurufe von der CDU)

Oder die Streichung des sogenannten Kopierbeauftragten: Warum streichen wir nicht gleich die Kopiergeräte mit? Das wäre noch billiger. Das können wir doch alles abschreiben, was wir hier lesen. Oder nehmen Sie den Pressespiegel, meine Damen und Herren! Warum gibt der Landtag eigentlich einen eigenen Pressespiegel heraus? Wir könnten uns als Abgeordnete doch mit dem Pressespiegel der Landesregierung begnügen. Aber das ist nicht mein Verständnis von Parlament, wenn ich nur von der Regierung alles vorgeben lasse. Ich will, daß der Landtag einen eigenen Pressespiegel herausgibt.

Oder die Gebäudereinigung! Die könnte man doch auch einsparen. Wir Abgeordneten können doch gefälligst selber putzen. Oder sparen wir die Pförtner ein! Dann schaffen wir hier ein Haus der offenen Tür. Oder den Besucherdienst können wir einsparen!

(A) (Dr. Vesper {GRÜNE})

Was sollen sich die Leute denn hier oben das alles anhören? Das sind alles Posten, die man einsparen könnte.

Meine Damen und Herren! Das hört sich alles sehr absurd an,

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

aber ich will doch damit nur sagen: Das kann doch nicht der Sinn von Sparen sein, daß wir uns selber "die Griffel wegsparen", mit denen wir unsere Alternativen und unsere Kontrollaktivitäten hier aufschreiben. Sie machen doch damit genau das, Herr Tscholtsch, was Sie sonst uns immer vorwerfen: Sie betreiben billigen Populismus,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und Sie sind insofern - Sie haben mir dieses Wort letztes Mal in der Diätendebatte vorgehalten - "unredlich", weil gerade Sie allgemein den Landtagshaushalt immer einschränken wollen, aber konkret stets die ersten sind, die nach neuen Leistungen rufen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Jawohl, so sind sie!)

(B)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie außerdem Ihrem Parteifreund Kienbaum einen neuen publicity-trächtigen Auftrag zuschanzen -

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Kienbaum ist kein Parteifreund von uns!)

abgesehen davon, daß der Auftrag vermutlich mehr als das zwanzigfache des Jahresgehaltes des Mitarbeiters in der Hausverwaltung, der hier als Kopierbeauftragter apostrophiert wird, kosten würde.

Um festzustellen, wie viele Stenographinnen und Stenographen ich brauche, um x Stunden Sitzungen im Monat protokollieren zu können - dafür brauche ich nun wirklich keine millionenschwere Organisationsuntersuchung. Das rechne ich Ihnen zur Not selber mit dem Taschenrechner aus. Insofern, liebe Birgit Fischer, halten wir eine solche Organisationsuntersuchung, bevor man die Ziele definiert, nicht für

richtig. Das ist ein Nachgeben gegenüber diesen eher populistischen Ansichten.

(Beifall bei der SPD)

Es geht doch schlicht und einfach darum, genau die Aufgaben zu definieren, die wir, die Abgeordneten, der Landtagsverwaltung übertragen. Das müssen wir tun. Das können wir genauso wenig nach außen geben wie die Diätenfestsetzung, meine Damen und Herren. Das können wir schon gar nicht einer Unternehmensberatung wie Kienbaum übertragen.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Da brechen Sie sich aber einen ab!)

- Auf dieser Grundlage, Herr Rohde, muß die Landtagsverwaltung die Personalkapazität und technische Ausrüstung erhalten, um die Aufgaben wahrzunehmen, die wir als Parlament definieren.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Der hat zuviel von der Landtagsverwaltung gelesen!)

Bevor ich den Weg festlege, Herr Rohde, muß ich mich für das genaue Ziel entscheiden. Das ist eine Grundbedingung für jede vernünftige Organisationsuntersuchung.

Gewiß bin ich dafür, meine Damen und Herren, die Landtagsverwaltung nicht auszunehmen, wenn es darum geht, Wasserköpfe abzuschmelzen und überflüssige Ausgaben abzuschaffen. Aber wir sollten uns doch nicht selbst unserer Arbeitsmöglichkeiten berauben. Wir sollten uns doch nicht selbst - wie ich eben schon einmal sagte -, "den Griffel aus der Hand sparen". Damit degradieren wir doch unsere Arbeit, die schon jetzt - weiß Gott - keine besonders aufregenden Noten in der Bevölkerung bekommt, nur weiter. Dabei spielen wir nicht mit.

Wir lehnen den Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion ab. Wir stimmen darüber hinaus dem Einzelplan 01 zu, zumal dieses Jahr endlich etwas in diesen Haushaltsplan eingestellt wurde, was wir schon voriges und vorvoriges Jahr gefordert haben, nämlich die Rückzahlung von Wahlkampfkosten aufgrund des Urteils des Landesverfassungsgerichtshofes in Höhe

(C)

(D)

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

von 10 Millionen DM. Da wurde wirklich einmal ein Betrag eingespart. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß Ihnen die Diskussion über dieses Thema nicht gefällt. Herr Kollege Vesper, wenn Sie mir oder uns vorwerfen, wir würden hier "populistisch" reagieren, darf ich einmal auf folgendes hinweisen: Ich glaube, es ist eine einfachere Position, sich hier hinzustellen und die Verwaltung zu verteidigen, mit der wir täglich umzugehen haben, und mit der wir in diesem Haus ja zusammen leben. Es ist der viel unangenehmere Weg und somit auch nicht populistisch, wenn wir hergehen und sagen: Wir wollen einmal einige kritische Worte verlieren. Das zu Ihren Ausführungen.

(B) Frau Kollegin Fischer, ich schätze Sie ja sehr. Aber ich habe das, was Sie heute vorgetragen haben, wirklich nicht ganz verstanden. Wenn Sie diese Maßstäbe, die Sie noch einmal versucht haben darzulegen, anwenden, oder wenn sie der Finanzminister bei Landesverwaltungen anwenden würde, könnten wir in diesem Land keine einzige Stelle einsparen - keine einzige Stelle!

(Demonstrative Zustimmung des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.])

Sie haben sich ja sozusagen zum Pflichtverteidiger der Landtagsverwaltung hier produziert.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich war Wahlverteidiger!)

- Nein, ich glaube schon, daß das eher Pflichtverteidigung war, so war mein Eindruck hier; okay, ich wäre auch mit der Bezeichnung Wahlverteidigerin einverstanden.

(C)

Frau Kollegin, alle Verwaltungen werden bemüht sein, ihr Tun zu rechtfertigen, und mit zahlreichen Belegen deutlich machen wollen, wie wichtig ihre Aufgabe ist und daß gar keine einzige Stelle wegfallen kann. Nur denken Sie doch bitte noch einmal darüber nach, daß wir 333 Stellen 1993 haben. Ich habe das Beispiel Bayern gebracht, wo wir deutlich weniger Stellen haben. Die anderen Bundesländer haben auch deutlich weniger Stellen. Da müssen wir doch einmal darüber nachdenken, ob wir in diesem Hause alles richtig organisiert haben. Ich gebe Ihnen recht, daß ein Großteil dessen, was hier zu leisten ist, von uns vorgegeben wird. Aber dann müssen wir doch auch einmal unsere Position überprüfen, ob das alles richtig ist, wie wir es machen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Daß Zweifel angebracht sind, Frau Kollegin, wird doch an einem einzigen Beispiel deutlich: Die Verwaltung wollte uns weismachen, daß zwölf Stellen erforderlich sind, sonst bricht dieser Laden zusammen. Nach einer ersten Diskussion waren es plötzlich nur noch acht. Ja, also, bei Ablehnung von zwölf war das Chaos vorprogrammiert, bei acht ist plötzlich alles wieder in Ordnung?

(D) Frau Kollegin, Sie haben erwähnt, daß der Hauptausschuß über eine Überprüfung gesprochen hat. Der entscheidende Unterschied ist nur, daß wir eine externe Prüfung anregen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Wir halten dies für erforderlich. Gerade in diesem Bereich, wo Abgeordnete, Verwaltung, Präsidium in vielen Fragen so eng liiert sind - das ist ja nun Tatsache; das beklage ich ja auch gar nicht -, ist es erforderlich, daß wir eine neutrale, objektive, von außen kommende Untersuchung durchführen. Da will ich Ihnen auch entgegenkommen: Wenn der Hinderungsgrund Kienbaum ist, und Sie ein anderes Unternehmen vorschlagen, sind wir selbstverständlich bereit und stimmen auch dem zu. Uns kommt es darauf an, daß wir eine externe Überprüfung bekommen.

(A) (T schoeltsch [F.D.P.]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wir bei der Abstimmung Klarheit haben, bitten wir um getrennte Abstimmung. Es geht ja zum einen um den Vorschlag der Überprüfung, und das zweite ist, daß wir uns im Antrag gegen die Stellen aussprechen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sollen wir auch über die Beauftragung von Kienbaum einzeln abstimmen?)

Wir haben Verständnis, daß Sie, wenn Sie durch Fraktionsbeschluß festgelegt sind, unter Umständen bei der alten Position bleiben. Aber bei der Frage einer externen Überprüfung können Sie sich doch wirklich einmal einen Ruck geben. Es würde für die Arbeit in diesem gesamten Haus vorteilhaft sein. Wir wären am Ende dieser Überprüfung - und das müssen wir ja auch bedenken -

(Zuruf des Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

bei den nächsten Haushaltsberatungen froh. Wir hätten ein reines Gewissen und könnten alles das, was gefordert wird, ob Stellenabbau oder womöglich Stellenzugang, beschließen. Es könnte ja sein, daß ein Unternehmen zu dem Schluß kommt, daß wir zuwenig Stellen haben. Wir glauben das nicht, aber es könnte doch rein theoretisch sein. Wir hätten dann bei den nächsten Haushaltsberatungen eine einwandfreie Position und könnten uns auf solch ein Gutachten stützen.

(B)

Also, ich bitte Sie noch einmal eindringlich: Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie diesem Antrag zu, auch wenn er von der F.D.P. kommt!

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: So weit kommt es noch! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr T schoeltsch, bekommen Sie von Kienbaum eigentlich Provision?)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte schön, Frau Kollegin Fischer!

(Zurufe)

(C)

Abgeordnete Fischer (SPD): Keine Angst, ich verlängere das nicht unnötig.

Ich möchte nur auf unser Abstimmungsverhalten hinweisen, Herr T schoeltsch. Ich habe vorhin bereits gesagt, daß der Antrag auf eine Organisationsüberprüfung als erledigt zu betrachten ist, weil dies bereits vollzogen wird. Von daher werden wir natürlich diesen Antrag ablehnen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wo ist das denn beschlossen? - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Wo ist das denn vollzogen?)

- Das ist nicht beschlossen; das wird getan.

Vizepräsident Dr. Klose: Wer möchte denn noch reden? - Herr Kollege Dr. Vesper, bitte!

(Zurufe)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn das hier im Plenum so gesagt wird - Gott sei Dank haben wir ja noch einen Stenographischen Dienst, der das alles mitschreibt -, wenn behauptet wird, diese Organisationsuntersuchung sei bereits beschlossen, dann muß man dem doch widersprechen können, weil wir an einem solchen Beschluß nicht beteiligt waren.

(D)

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Wir auch nicht!)

Dann möchte ich wissen, wo dieser Beschluß gefaßt wurde. Wir halten eine solche Organisationsuntersuchung im gegenwärtigen Stand nicht für vordringlich; das habe ich in meiner Rede vorhin ausgeführt.

Also, unseres Wissens gibt es einen solchen Beschluß nicht.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie hat nicht gesagt, es sei beschlossen, sondern nur: Es wird gemacht!)

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Außerdem finde ich es geschmacklos, selbst wenn man eine solche Organisationsuntersuchung für richtig hält, in einem öffentlichen Antrag in diesem Parlament den Auftragnehmer bereits namentlich zu bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Selbst wenn wir einer Organisationsuntersuchung zustimmten, würden wir diesem Antrag nie zustimmen, weil so etwas nach objektiven und nicht nach anderen Kriterien zu erfolgen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Noch einmal, bitte schön, Herr Kollege Tschoeltsch!

(Zurufe)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Ich bitte also, in unserem Antrag den Hinweis auf Kienbaum zu streichen. "Ein externes Unternehmen"!

(B)

(Heiterkeit - Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Möchte noch jemand sprechen?

(Zuruf: Nein!)

- Danke. Ich kann damit die Beratung schließen.

Gegenstand unserer Abstimmung ist zunächst der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4771 zu der Beschlußempfehlung. Dieser Änderungsantrag hat zwei Teile.

Der erste Teil bezieht sich auf die Streichung der in der Beschlußempfehlung ausgewiesenen neuen Stellen für den Landtag. Der zweite Teil bezieht sich auf die

(C)

Organisationsüberprüfung, wobei Herr Kollege Tschoeltsch zu diesem Teil des Änderungsantrags wiederum eine Änderung eingebracht hat: Die Unternehmensgruppe Kienbaum wird als mögliche Institution für diese Organisationsüberprüfung gestrichen, und dafür wird "ein externes Unternehmen" eingesetzt.

Wir stimmen zunächst über die Nummer 1 - Streichung der ausgewiesenen neuen Stellen - ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Teil des Änderungsantrags abgelehnt.

(Zurufe)

Ich komme zu Nummer 2 des Änderungsantrags - betreffend Organisationsüberprüfung - in der jetzt gestellten Fassung. Wer diesem Teil des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dieser Teil abgelehnt.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4701. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Beschlußempfehlung entsprochen.

(D)

(Erneut Heiterkeit, Beifall und Zurufe bei der SPD)

Ich rufe auf

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wer dem Einzelplan 13 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.